

28. Februar 2023

## **Bericht und Antrag an das Stadtparlament**

### **Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse per 31. Dezember 2022**

#### **Anträge**

Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen die folgenden Anträge:

1. Es sei festzustellen, dass das Stadtparlament vom Bericht über den Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse (Stand: 31. Dezember 2022) Kenntnis genommen hat.
2. Die für die Bearbeitung der einzelnen parlamentarischen Vorstösse beantragten Fristverlängerungen gemäss den Kapiteln 1 und 2 des Berichts seien zu genehmigen.
3. Die beantragte Abschreibung für Vorstösse gemäss Kapitel 4 des Berichts sei zu genehmigen.

## Zusammenfassung

Gemäss Art. 79 Geschäftsreglement des Stadtparlaments erstattet der Stadtrat dem Stadtparlament jährlich Bericht über den Bearbeitungsstand der noch nicht erledigten, erheblich erklärten Motionen und Postulate. Zudem werden die weiteren pendenten Vorstösse und die erledigten Vorstösse aufgelistet. Ist eine Motion oder ein Postulat seit mehr als zwei Jahren hängig, so begründet der Stadtrat die Verzögerung und stellt Antrag für das weitere Vorgehen. Die konkreten Anträge auf Fristverlängerung für die Beantwortung und deren Begründung sind bei den jeweiligen Vorstössen aufgelistet. Motionen und Postulate werden abgeschrieben, wenn der Stadtrat den Entwurf oder den Bericht unterbreitet hat oder wenn der Vorstoss überholt ist.

Vor 2022 erheblich erklärte noch pendente Vorstösse	16
2022 erheblich erklärte Vorstösse	2
2022 erledigte Vorstösse	36
Beantragte Fristverlängerungen	5

## 1. Berichterstattung über den Bearbeitungsstand der hängigen Motionen / Antrag auf Fristverlängerung

### Stadtpark Obere Weierwise

Motion Sebastian Koller, GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen, 27 Mitunterzeichnende, erheblich erklärt am 28. August 2014

*Am 5. Juni 2014 reichte Sebastian Koller, GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen, zusammen mit 27 Mitunterzeichnenden die Motion mit der Überschrift „Stadtpark Obere Weierwise“ ein, welche vom Stadtrat am 13. August 2014 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 28. August 2014 wurde die Motion erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat beauftragt, dem Parlament einen Bericht und Antrag zu einem Nutzungskonzept und einem darauf basierenden Stadtparkprojekt „Obere Weierwise“ zu unterbreiten, wobei dieses bis 2022 vollständig umgesetzt werden soll.*

Am 9. Juni 2022 vom Parlament bewilligter Antrag: Fristverlängerung bis am 31. Dezember 2023.

Neuer Antrag: Fristverlängerung bis zum 30. Juni 2025 für den Abschluss gemäss Motionswortlaut.

#### Begründung:

Mit der Stellenbesetzung der Projektleitung Stadtplanung wurden die Vorbereitungsarbeiten für einen Studienauftrag abgeschlossen. Der Studienauftrag wird im Frühling 2023 öffentlich ausgeschrieben und voraussichtlich im Sommer 2024 abgeschlossen werden. Die Rahmenbedingungen des Hochwasserschutzes wurden in die Aufgabenstellung integriert.

Ein Terminplan für die Arbeiten bis zur Erfüllung des Motionsauftrags gemäss Wortlaut, das heisst bis zur vollständigen Realisierung des Stadtparks "Obere Weierwise", liegt noch nicht vor. Zusammen mit dem Kreditantrag für das Vor- bzw. Bauprojekt kann die Abschreibung der Motion beantragt werden. Der Stadtrat beurteilt dieses Parkprojekt als zentral für die Aufenthalts- und Erholungsqualität mitten in der Stadt und hat es deshalb in seinen Handlungsfeldern 2021 - 2024 explizit aufgeführt.

## Anpassungen des Baureglements der Stadt Wil

Motion Benjamin Büsser, SVP, zwei Mitunterzeichnende, mit abgeändertem Wortlaut erheblich erklärt am 5. April 2018

*Am 2. Oktober 2017 reichte Benjamin Büsser, zusammen mit zwei Mitunterzeichnenden die Motion mit der Überschrift „Anpassungen des Baureglements der Stadt Wil“ ein, welche vom Stadtrat am 6. Dezember 2017 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 5. April 2018 wurde die Motion mit einem Abänderungsantrag erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat beauftragt, dem Parlament bis spätestens Dezember 2024 einen Bericht und Antrag für eine Revision des städtischen Baureglements und Zonenplan zu unterbreiten, welches auf der Grundlage des neuen kantonalen Planungs- und Baugesetz basiert.*

### Antrag:

Anfangs 2023 wird dem Parlament ein Bericht und Antrag zur Ortsplanungsrevision (Leitideen, Planungsprozess, Projektorganisation, Kostenschätzung Sach- und befristeter Personalaufwand) vorgelegt. Da der Zeithorizont durch die Komplexität und den Umfang des Vorhabens "Revision Ortsplanung" sehr lang ist, wird der Stadtrat mit dem Bericht und Antrag die Abschreibung der Motion beantragen.

### Begründung:

Sowohl bei den materiellen Grundlagen als auch bei den rechtsgültigen Planungsinstrumenten besteht grosser Handlungsbedarf. Mit räumlichen Annahmen, strategischen Leitthemen und nachhaltigen Zielen werden die inhaltlichen Weichen für die räumliche, wirtschaftliche und soziale Stadtentwicklung gestellt und darauf aufbauend in verschiedenen Umsetzungsschritten die erforderlichen Grundlagen und planungsrechtlichen Instrumente (Richtplan, Zonenplan, Baureglement) erarbeitet. Damit definiert der Stadtrat das konkrete Vorgehen bezüglich der Motion "Anpassungen des Baureglements der Stadt Wil".

Die letzte Ortsplanungsrevision wurde mit Inkrafttreten des Baureglements der vereinigten Stadt Wil per 1. März 2021 definitiv abgeschlossen. Anschliessend beauftragte der Stadtrat die Stadtplanung, die nächste Ortsplanungsrevision in Angriff zu nehmen. 2021 fand die öffentliche Mitwirkung zu deren erstem Teil, der Totalrevision der Schutzverordnung, statt. Sie wurde als erstes Instrument der kommunalen Nutzungsplanung (Art. 1 PBG) am 31. August 2022 vom Stadtrat erlassen und vom 24. Oktober bis 23. November 2022 öffentlich aufgelegt. Derzeit werden die Einsprachen behandelt.

## Ergänzung der Gemeindeordnung zur Schaffung einer hinreichenden gesetzlichen Grundlage für die Aufgabenübertragung an die private Trägerschaft der Mädchensekundarschule St. Katharina

Motion SVP-Fraktion und CVP-Fraktion (Erstunterzeichner Benjamin Büsser, SVP), 20 Mitunterzeichnende, erheblich erklärt am 5. November 2020

*Am 9. Januar 2020 reichte die SVP-Fraktion und CVP-Fraktion (Erstunterzeichner Benjamin Büsser, SVP), zusammen mit 20 Mitunterzeichnenden, die Motion „Ergänzung der Gemeindeordnung zur Schaffung einer hinreichenden gesetzlichen Grundlage für die Aufgabenübertragung an die private Trägerschaft der Mädchensekundarschule St. Katharina“ ein, welche vom Stadtrat am 18. September 2020 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 5. November 2020 wurde die Motion erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, die*

*Gemeindeordnung mit der hinreichenden gesetzlichen Grundlage für eine Aufgabenübertragung an die Trägerschaft der Mädchensekundarschule St. Katharina zu ergänzen.*

Antrag: Fristverlängerung bis zum 31. Dezember 2024 (Erledigung oder Abschreibung in Abhängigkeit des Bundesgerichtsentscheid)

Begründung:

Das Beschwerdeverfahren vor Bundesgericht ist nach wie vor bzw. wieder hängig. Sobald sich die rechtliche Situation geklärt hat, kann die Bearbeitung des Vorstosses entsprechend in Angriff genommen werden. Obwohl die Motion auf Antrag des Stadtrats erheblich erklärt wurde, ist das in Zukunft vorliegende rechtskräftige Urteil sowie allfällige kantonale Ausführungen im Rahmen der Vorprüfung von Änderungen der Gemeindeordnung bindend.

Es ist derzeit noch nicht absehbar, ob und wenn ja in welcher Form eine gesetzliche Grundlage für die Aufgabenübertragung an die private Trägerschaft der Mädchensekundarschule St. Katharina nötig wird. Mit dem Entscheid des Verwaltungsgerichts vom 11. April 2022 ist der Nachtrag I zum Schulvertrag vom 30. Oktober 1996 – trotz Weiterzug des Urteils an das Bundesgericht – nun in Kraft und wird angewendet, da von der weiterziehenden Partei keine aufschiebende Wirkung beantragt wurde. Gemäss Ziffer 10 des Nachtrags I ist die Gültigkeit des Vertrags bis zum 31. Juli 2023 befristet, wenn bis Ende Juli 2018 kein neuer Vertrag abgeschlossen und durch die zuständigen Organe genehmigt worden ist.

Aufgrund des langwierigen Rechtsverfahrens liegt kein neuer sowie von den zuständigen Organen genehmigter Schulvertrag mit der Stiftung Schule St. Katharina vor. Das bedeutet, dass per 1. August 2023 ein vertragsloser Zustand eintritt und auf einen Schlag rund 130 Schülerinnen, die bisher in der Schule St. Katharina beschult wurden, in die Oberstufe der Stadt Wil integriert werden müssten. Der Stadt Wil fehlt aktuell der Schulraum, um zusätzlich Schülerinnen der Schule St. Katharina ab Sommer 2023 beschulen zu können.

Einen solchen vertragslosen Zustand gilt es entsprechend zu vermeiden, weshalb dem Parlament am 23. November 2022 mit Bericht und Antrag in Form eines Nachtrags II zum Schulvertrag vom 30. Oktober 1996 eine Verlängerung der Frist zum Entscheid unterbreitet wurde. Der Stadtrat hat Mitte August 2022 mit der Stiftung Schule St. Katharina Vertragsverhandlungen aufgenommen. Ziel ist es, unter Berücksichtigung der Aufträge des Parlaments, einen neuen Schulvertrag auszuhandeln.

## **2. Berichterstattung über den Bearbeitungsstand der hängigen Postulate / Antrag auf Fristverlängerung**

### **Nachhaltige Wald- und Holznutzung**

Postulat Sebastian Koller (GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen), zwölf Mitunterzeichnende, erheblich erklärt mit geändertem Wortlaut am 29. Oktober 2020

*Am 3. Juni 2020 reichte Sebastian Koller, zusammen mit 12 Mitunterzeichnenden, das Postulat „Nachhaltige Wald- und Holznutzung“ ein, welche vom Stadtrat am 11. August 2020 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 29. Oktober 2020 wurde das Postulat mit geändertem Wortlaut erheblich erklärt. Dabei*

*wird der Stadtrat eingeladen, dem Stadtparlament Bericht zu erstatten, wie die Stadt Wil zu einer nachhaltigen Nutzung der Wälder in ihrem Einzugsgebiet beitragen kann. Der Fokus soll dabei auf der vermehrten Nutzung von regional und umweltschonend produziertem Holz als Bau- und Brennstoff liegen.*

Antrag: Fristverlängerung bis zum 30. Juni 2023.

Begründung:

Das Postulat entspricht praktisch der im Kantonsrat eingereichten Motion 42.18.24. Diese Motion wurde am 13. Juni 2019 gutgeheissen. Die Regierung hat eine entsprechende Gesetzesvorlage ausgearbeitet. Diese wurde mehrfach beraten und in der Kantonsratssession vom 28. bis 30. November 2022 abschliessend behandelt und abgeschlossen. Die Beantwortung des Postulats ist damit bis Ende Juni 2023 möglich.

### **Velostrassen in Wil**

Postulat Guido Wick (GRÜNE prowil), 15 Mitunterzeichnende, Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 5. November 2020

*Am 27. August 2020 reichte Guido Wick (GRÜNE prowil), zusammen mit 15 Mitunterzeichnenden, die Motion „Velostrassen in Wil“ ein, welche vom Stadtrat am 21. Oktober 2020 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 5. November 2020 wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, dem Parlament die Umsetzung von möglichen Velostrassen in Wil aufzuzeigen und gleichzeitig mindestens eine erste Realisierung einer Velostrasse mit Bericht und Antrag zu unterbreiten.*

Antrag: Fristverlängerung bis zum 30. Juni 2024.

Begründung:

Die verkehrsplannerische Studie zu den Velostrassen in Wil ist abgeschlossen. Aufgrund einer mehrmonatigen Vakanz in der Projektleitung Verkehrsplanung konnte der vorgesehene Pilotversuch nicht durchgeführt werden, sondern die Planungsarbeiten mussten sistiert werden. Sie werden wieder aufgenommen, sobald die vakante Stelle der Projektleitung Verkehrsplanung besetzt ist.

### **Mehr gemeinnützige Wohnungen bedürfnisgerecht statt gewinnmaximiert bauen**

Postulat Mathias Loepfe (GRÜNE prowil), zehn Mitunterzeichnende, Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 12. November 2020

*Am 27. August 2020 reichte Mathias Loepfe (GRÜNE prowil), zusammen mit 10 Mitunterzeichnenden, die Motion „Mehr gemeinnützige Wohnungen bedürfnisgerecht statt gewinnmaximiert bauen“ ein, welche vom Stadtrat am 21. Oktober 2020 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 12. November 2020 wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt und mit geändertem Wortlaut erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, dem Parlament einen Bericht über geeignete und zielführende Instrumente zur Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau und qualitätsvoller Innenentwicklung vorzulegen.*

Antrag: Fristverlängerung bis zum 30. Juni 2024.

Begründung:

Die Thematik gemeinnütziger Wohnraum wird parallel zur aktiven Bodenpolitik bearbeitet, welche die strategischen Grundlagen für die handlungsfähige Rolle der Stadt auf dem Wiler Grundstücks- und Liegenschaftenmarkt liefert. Der Planungsauftrag zum gemeinnützigem Wohnungsbau wird derzeit vorbereitet, die externe Projektbearbeitung sollte bis Ende 2023 abgeschlossen sein.

### 3. Berichterstattung über hängige Motionen und Postulate mit bereits bewilligter Fristverlängerung

#### Lichtkonzept für die Stadt Wil (Plan Lumière)

Postulat Urs Etter, FDP, 19 Mitunterzeichnende, Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 26. September 2013

*Am 4. Juli 2013 reichte Urs Etter, FDP, zusammen mit 19 Mitunterzeichnenden die Motion mit der Überschrift „Lichtkonzept für die Stadt Wil (Plan Lumière)“ ein. An der Parlamentssitzung vom 26. September 2013 wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt. Dabei wird der Stadtrat beauftragt, dem Parlament einen Bericht zur Ausarbeitung eines Gesamtkonzepts für die Beleuchtung des öffentlichen Raumes „Lichtkonzept für die Stadt Wil“ zu unterbreiten.*

Am 9. Juni 2022 vom Parlament bewilligter Antrag: Fristverlängerung bis am 31. Dezember 2023

Begründung:

Basierend auf dem Postulat "Lichtkonzept für die Stadt Wil" wurde der Entwurf eines Konzepts "Plan Lumière" erarbeitet. Das Projekt konnte nach längerer Sistierung aufgrund von Vakanzes wieder aufgenommen werden. Nach einer Bestandesaufnahme der vorliegenden Materialien zum Lichtplan zeigte sich, dass ein anwendbarer Schlussbericht fehlt und eine Aktualisierung und Konsolidierung notwendig sind. Diese Bereinigung ist derzeit in Arbeit. Der 2017 ausgeschöpfte IR-Kredit wurde per 25. August 2021 abgerechnet.

Licht ist ein zentrales gestalterisches Element im Stadtraum. Die gesamtstädtische Freiraumstrategie wird vorbereitet; die Lichtgestaltung soll als Teil davon bearbeitet werden. Die Materialien aus dem ursprünglichen Auftrag werden integriert.

#### Ist der Tunnel eine echte Alternative zur Grünaustrasse?

Postulat Benjamin Büsser, SVP, 16 Mitunterzeichnende, erheblich erklärt am 7. Februar 2019

*Am 5. Juli 2018 reichte Benjamin Büsser, zusammen mit 16 Mitunterzeichnenden, das Postulat „Ist der Tunnel eine echte Alternative zur Grünaustrasse“ ein, welche vom Stadtrat am 24. Oktober 2018 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 7. Februar 2019 wurde das Postulat erheblich erklärt. Dabei wird der*

*Stadtrat beauftragt die „Netzergänzung Ost“ in einem vertieften Variantenstudium zu prüfen und einen Bericht zu erstellen.*

Am 9. Juni 2022 vom Parlament bewilligter Antrag: Fristverlängerung bis am 31. Dezember 2023.

Begründung:

Die Bearbeitung des Postulats erfolgt gemeinsam mit dem Kantonalen Tiefbauamt St. Gallen, da es sich um eine übergeordnete, kantonale Strassenverbindung handelt. Aufgrund der Erfahrungen aus dem Prozess für das Variantenstudium der Netzergänzung Nord und der nachgelagerten Informationsveranstaltungen wurde zusammen mit dem Kantonalen Tiefbauamt beschlossen, dass der Variantenvergleich der Netzergänzung Ost (Grünaustrasse) auf Basis einer Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) zu erfolgen hat. Die Ausarbeitung dieser ZMB ist aufwendig und erfolgt in sechs Phasen bis zum Vorschlag einer Bestvariante. Gleichzeitig sollen die Bevölkerung, Quartiere, Fraktionen aus Stadtparlament, aktive Verbände, etc. frühzeitig in die Entwicklung dieses komplexen Projekts mit einbezogen werden. Die verschiedenen ZMB-Phasen werden deshalb durch ein mehrstufiges Mitwirkungsverfahren begleitet. Momentan werden das Pflichtenheft und die Submissionsunterlagen für die Ausarbeitung der ZMB erarbeitet. Auf Basis dieser Grundlagen wird anschliessend, zusammen mit dem kantonalen Tiefbauamt St. Gallen, das geeignete Planer-Team selektioniert.

Die zwischenzeitlichen Arbeiten haben für die zeitliche Abschätzung des weiteren Fahrplans gezeigt, dass der oben skizzierte Projektablauf begleitet mit einem mehrstufigen Mitwirkungsverfahren bis ca. Mitte 2024 laufen wird. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass per Ende 2023 eine "Zwischenmeldung" z.Hd. des Postulanten betreffend die Variantenvertiefung/Variantenevaluation abgegeben werden kann. Auf den Antrag einer weiteren Fristverlängerung wird deshalb aktuell verzichtet.

## **Immobilien- und Standortstrategie der städtischen Verwaltung**

Postulat Geschäftsprüfungskommission, sechs Mitunterzeichnende, erheblich erklärt am 29. Oktober 2020

*Am 3. Februar 2020 reichte Luc Kauf, Präsident GPK, zusammen mit 6 Mitunterzeichnenden, das Postulat „Immobilien- und Standortstrategie der städtischen Verwaltung“ ein, welche vom Stadtrat am 22. April 2020 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 29. Oktober 2020 wurde das Postulat erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, dem Stadtparlament einen Bericht zu unterbreiten, wobei die folgenden Punkte angegangen werden, respektive im Vordergrund stehen sollen: Prüfung eines zentralen Standortes für alle Departemente mit einer Gegenüberstellung und Interpretation der Vor- und Nachteile, mögliche Konzentration der Standorte verschiedener Departemente auf einen gemeinsamen Standort sowie zukünftiger Standort des Werkhofes. Zur Erarbeitung einer städtischen Immobilien- und Standortstrategie hat das Parlament einen Kredit von Fr. 40'000.-- genehmigt.*

Am 9. Juni 2022 vom Parlament bewilligter Antrag: Fristverlängerung bis am 31. März 2023

Begründung:

Die Erarbeitung des Postulatsberichts samt dazugehöriger Standortstrategie, die von einem spezialisierten Büro erstellt wird, sind in vollem Gange und werden planmässig abgeschlossen, sodass dem Parlament per 31. März

2023 der Postulatsbericht vorgelegt werden kann. Damit wird dem Parlament eine Auslegeordnung mit möglichen Szenarien sowie den damit verbundenen Vor- und Nachteilen vorgelegt werden.

### Neue Personalaufwandsteuerung

Postulat Adrian Bachmann (FDP), 17 Mitunterzeichnende, Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 1. April 2021

*Am 5. Dezember 2019 reichte Adrian Bachmann (FDP) zusammen mit 17 Mitunterzeichnenden, die Motion „Neue Personalaufwandsteuerung“ ein, welche vom Stadtrat am 24. Februar 2021 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 1. April 2021 wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt. Damit wird der Stadtrat eingeladen, dem Parlament Bericht und Antrag für ein neues Verfahren zur Personalaufwandsteuerung für die Stadt Wil vorzulegen. Als Basis soll dabei das Verfahren beigezogen werden, wie es seit 2018 im Kanton St. Gallen zur Anwendung kommt.*

Am 9. Juni 2022 vom Parlament bewilligter Antrag: Fristverlängerung bis am 31. Dezember 2023

#### Begründung:

Ein erstes Gespräch mit dem Erstunterzeichner des Postulats hat stattgefunden. Als nächstes ist eine Anfrage bei der Stadt St. Gallen geplant, die ähnlich lautendes Postulat zu beantworten hat, sowie eine Abklärung bei den kantonalen Behörden, in welchem rechtlichen Rahmen eine Umsetzung des Postulats möglich respektive denkbar ist. Mit einem Postulatsbericht zuhanden des Stadtparlaments ist aufgrund der zeitaufwändigen Bearbeitung nicht vor Ende 2023 zu rechnen.

## 4. Berichterstattung über hängige Motionen und Postulate / Antrag auf Abschreibung

### Abrechnungstau bei Investitionen

Postulat Geschäftsprüfungskommission, sechs Mitunterzeichnende, nicht als erledigt abgeschrieben

*Am 14. Mai 2020 reichte Luc Kauf, Präsident GPK, zusammen mit 6 Mitunterzeichnenden, das Postulat „Abrechnungstau bei Investitionen“ ein. Der Stadtrat unterbreitete am 1. Juli 2020 dem Parlament einen Bericht und Antrag. An der Parlamentssitzung vom 24. September 2020 wurde das Postulat entgegen dem Antrag des Stadtrats nicht als erledigt abgeschrieben.*

Antrag: Abschreibung

#### Begründung:

Mit der Jahresrechnung 2021 wurde die Übersicht über die Investitionskredite publiziert. Auf die Stadtratssitzung vom 15. Dezember 2021 hat das Departement BUV dem Stadtrat die Kenntnisnahme von 27 Kreditabrechnungen vorgelegt. Dem Parlament wurden mit der Jahresrechnung 2021 zudem vier Investitionskredite zur Streichung vorgelegt, die aufgrund von Verzögerungen, Sistierungen oder stark veränderten Rahmenbedingungen nicht

innert absehbarer Frist oder nicht wie beabsichtigt umgesetzt werden können. Mit diesen Anstrengungen konnte die Anzahl an Investitionskrediten um 31 Stück reduziert werden. An der Parlamentssitzung vom 24. September 2020 wurde das Postulat entgegen dem Antrag des Stadtrats nicht als erledigt abgeschrieben.

Wie bereits im letzten Jahr angekündigt, beantragt der Stadtrat erneut die Abschreibung des Postulats. Denn auch 2022 konnten weitere 26 Investitions- und Kreditabrechnungen abgeschlossen, und vier zur Streichung beantragt werden, was die Bemühungen zum Abbau der noch offenen Investitionen verdeutlicht, obwohl zurzeit 188 Kredite (Vorjahr 181) offen sind.

### **Fair Trade Town Wil**

Postulat Kilian Meyer, SP, 21 Mitunterzeichnende, Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 3. März 2016.

*Am 3. Dezember 2015 reichte Kilian Meyer, zusammen mit 21 Mitunterzeichnenden die Motion mit der Überschrift „Fair Trade Town Wil“ ein, welche vom Stadtrat am 20. Januar 2016 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 3. März 2016 wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt und dieses als erheblich erklärt. Mit Stellungnahme vom 29. Juni 2022 unterbreitete der Stadtrat dem Parlament die Berichterstattung betreffend Fair Trade Town Wil.*

Antrag: Abschreibung (wurde bereits mit Parlamentsbeschluss vom 9. Februar 2023 als erledigt abgeschrieben)

#### Begründung:

In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Anstrengungen unternommen, um die Voraussetzungen für die Erlangung des Labels „Fair Trade Town“ zu schaffen. Am Stadtfest 2019 wurde das Projekt öffentlich und mit der entsprechenden Kommunikation lanciert. Kriterium zur Erlangung des Labels ist unter anderem auch ein Engagement von Detailhandel, Gastronomie/Hotellerie, Institutionen und Unternehmen. Diese Kriterien und weitere sollen nun in einem weiteren Umsetzungsschritt mit Hilfe der Einsetzung einer Arbeitsgruppe bzw. einem Projektauftrag erfüllt werden. Die Stadt übernimmt anfänglich die Federführung. Langfristig soll die Bewegung "Fair Trade" in die Zivilgesellschaft überführt werden. Die Frist von der Bildung der Arbeitsgruppe bis zur Erlangung des Labels soll gesamthaft gesehen nicht länger als ein bis zwei Jahre dauern.

Die nicht-ständige Kommission "Postulat Kilian Meyer (SP) - Fair Trade Town Wil" hat das Geschäft am 24. November 2022 beraten und beantragt ebenfalls die Abschreibung dieses Postulats.

## **5. Berichterstattung über hängige Motionen und Postulate / Erheblicherklärung im 2022**

### **Inklusionsstadt Wil / Evaluation Leitbild Menschen mit Behinderungen**

Postulat Silvia Ammann (SP), acht Mitunterzeichnende, Motion mit abgeändertem Wortlaut in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 10. November 2022

*Am 31. August 2022 reichte Silvia Ammann (SP) zusammen mit 38 Mitunterzeichnenden, die Motion „Inklusionsstadt Wil“ ein, welche vom Stadtrat am 26. Oktober 2022 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 10. November 2022 wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt und mit geändertem Wortlaut erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, das von der stadträtlichen Kommission Gesundheit, Alter, Behinderung im Jahr 2018 erstellte "Leitbild Menschen mit Behinderung" einer Evaluation mit dem Fokus auf die sechs Handlungsfelder des Leitbilds zu unterziehen. Es soll überprüft werden, inwiefern die in den sechs Handlungsfeldern formulierten Massnahmen umgesetzt worden sind. Zudem sind die Gründe für etwaige nicht oder nur teilweise realisierte Massnahmen aufzuzeigen. Zusätzlich kann der Bericht Handlungsempfehlungen vorschlagen.*

Weiteres Vorgehen:

Die Überprüfung des Leitbilds durch die Kommission Gesundheit, Alter, Behinderung startet im zweiten Quartal 2023.

### Pilotprojekt Tagesschule

Motion Dora Luginbühl (SP) für die Bildungskommission, drei Mitunterzeichnende, erheblich erklärt am 29. September 2022

*Am 25. April 2022 reichte Dora Luginbühl (SP) für die Bildungskommission zusammen mit 3 Mitunterzeichnenden, die Motion „Pilotprojekt Tagesschule“ ein, welche vom Stadtrat am 18. Mai 2021 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 29. September 2022 wurde die Motion erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, dem Parlament Bericht und Antrag zu einem Pilotprojekt für eine Tagesschule (Modell 2 gemäss Bericht zum Postulat Bachmann vom 02.11.2021) zu unterbreiten.*

Weiteres Vorgehen:

Die Vorbereitungen zur Ausarbeitung des Berichts und Antrags sind angelaufen. Derzeit werden neben den zu erwartenden finanziellen Aufwendungen auch mögliche Standorte sowie die Eckwerte eines gemeinsamen Konzepts von Bildung und Betreuung evaluiert.

## 6. Weitere pendente Vorstösse

Per 31. Dezember 2022 waren folgende weitere parlamentarische Vorstösse pendent:

- Postulat Claudio Altwegg (FDP) - Nachhaltige Finanzpolitik II  
eingereicht am 22.11.2022, schriftlich beantwortet am 10.01.2023
- Interpellation Meret Grob (Junge Grüne) – Hitze in der Stadt  
eingereicht am 19.09.2022, schriftlich beantwortet am 23.11.2022
- Interpellation Timo Räbsamen (JUSO) – Konkordanz als Selbstbedienungsladen?  
eingereicht am 09.10.2022, schriftlich beantwortet am 09.11.2022

- Interpellation Marco Albrecht (SVP) – Allee für Alle, Verbesserung der WC-Situation  
eingereicht am 21.11.2022, schriftlich beantwortet am 10.01.2023
- Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) – Beitragskürzung für kleine PV-Anlagen  
eingereicht am 26.12.2022, schriftlich beantwortet am 10.01.2023

## 7. Übersicht über die erledigten Vorstösse

Im Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022 haben Stadtrat und Stadtparlament die nachfolgend aufgelisteten parlamentarischen Vorstösse – ein Postulat, fünf Motionen, 22 Interpellationen, acht Anfragen – erledigt.

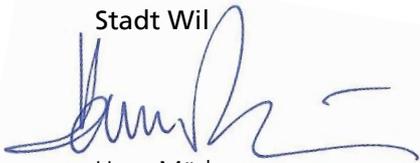
- Postulat Adrian Bachmann (FDP) – Tagesschulen in der Stadt Wil  
eingereicht am 07.04.2016, erheblich erklärt am 01.09.2016, an der Parlamentssitzung vom 29.09.2022 als erledigt abgeschlossen
- Motion Bruno Ressegatti (GRÜNE prowil) – Separate Kunststoffsammlung  
eingereicht am 04.09.2012, erheblich erklärt am 23.05.2013, an der Parlamentssitzung vom 03.02.2022 als erledigt abgeschlossen
- Motion Sebastian Koller (GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen) – Städtisches Naturförderprogramm  
eingereicht am 07.05.2019, erheblich erklärt mit geändertem Wortlaut am 20.11.2019, an der Parlamentssitzung vom 03.02.2022 als erledigt abgeschlossen
- Motion Sebastian Koller (GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen), Kultur- und Musikschulzentrum «zum Turm»  
eingereicht am 26.09.2019, erheblich erklärt mit geändertem Wortlaut am 12.03.2020, an der Parlamentssitzung vom 19.05.2022 als erledigt abgeschlossen
- Motion Sebastian Koller (GRÜNE prowil) – Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindestufe  
eingereicht am 15.09.2021, schriftlich beantwortet am 15.12.2021, an der Parlamentssitzung vom 03.02.2022 als nicht erheblich erklärt
- Motion Andreas Hüsey (SVP) – Nachhaltiger Finanzhaushalt  
eingereicht am 15.07.2022, schriftlich beantwortet am 07.09.2022, an der Parlamentssitzung vom 10.11.2022 als nicht erheblich erklärt
- Interpellation Daniel Gerber (FDP) – DialogG: Wirkung erkennbar?  
eingereicht am 02.09.2021, schriftlich beantwortet am 24.11.2021, an der Parlamentssitzung vom 03.02.2022 mündlich behandelt

- Interpellation Dora Luginbühl (SP) – Politische Partizipation für Viele dank "leichter Sprache"  
eingereicht am 21.09.2021, schriftlich beantwortet am 27.10.2021, an der Parlamentssitzung vom 03.02.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Christina Rüdiger (SVP) – Zertifikatspflicht in Wiler Stadtbibliothek – Online-Ausleihe  
eingereicht am 30.09.2021, schriftlich beantwortet am 24.11.2021, an der Parlamentssitzung vom 03.02.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) – Personenunterführung Ost für Velofahrende gesperrt  
eingereicht am 02.09.2021, schriftlich beantwortet am 02.11.2021, an der Parlamentssitzung vom 31.03.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Erwin Böhi (SVP) – Stand der soziokulturellen Durchmischung in den Wiler Schulen  
eingereicht am 30.09.2021, schriftlich beantwortet am 24.11.2021, an der Parlamentssitzung vom 31.03.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Michael Sarbach (GRÜNE prowil) – Mehrkosten für die Stadt Wil aufgrund des kantonalen Sparpakets "Haushaltsgleichgewicht 2022plus"  
eingereicht am 30.09.2021, schriftlich beantwortet am 02.12.2021, an der Parlamentssitzung vom 31.03.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Dominik Egli (SVP) – Batteriespeicher für das Wiler Elektronetz  
eingereicht am 18.11.2021, schriftlich beantwortet am 19.01.2022, an der Parlamentssitzung vom 31.03.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Timo Räbsamen (JUSO) – Wiler Finanzierung des russischen Regimes durch Gasimporte?  
eingereicht am 04.03.2022, schriftlich beantwortet am 06.04.2022, an der Parlamentssitzung vom 01.09.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Brigitte Gübeli (Die Mitte) – Verdoppelung der Fördergelder für externe Kinderbetreuung beim Kanton – auf welchen Standpunkt stellt sich der Stadtrat?  
eingereicht am 07.03.2022, schriftlich beantwortet am 27.04.2022, an der Parlamentssitzung vom 01.09.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Luc Kauf (GRÜNE prowil) – Generation 60+ und Personen mit Deutsch als Zweitsprache - bei digitalen Angeboten im Abseits?  
eingereicht am 11.03.2022, schriftlich beantwortet am 27.04.2022, an der Parlamentssitzung vom 01.09.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Sebastian Koller (GRÜNE prowil) – Dauerbaustelle am Ulrich-Hilberweg gefährdet Fuss- und Veloverkehr  
eingereicht am 28.03.2022, schriftlich beantwortet am 04.05.2022, an der Parlamentssitzung vom 01.09.2022 mündlich behandelt

- Interpellation Anja Bernet (SP) – Wiler Bäder für viele  
eingereicht am 31.03.2022, schriftlich beantwortet am 18.05.2022, an der Parlamentssitzung vom 01.09.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Marco Albrecht (SVP) – Stadtfondsreglement sinnvoll ausgestalten und umsetzen  
eingereicht am 31.03.2022, schriftlich beantwortet am 18.05.2022, an der Parlamentssitzung vom 01.09.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Christina Rüdiger (SVP) – Bezugspersonen in der Wiler Volksschule  
eingereicht am 15.05.2022, schriftlich beantwortet am 16.09.2022, an der Parlamentssitzung vom 01.09.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Matthias Loepfe (GRÜNE prowil) – Tempo 30 als "Game Changer" für die Stadtentwicklung  
eingereicht am 23.05.2022, schriftlich beantwortet am 29.06.2022, an der Parlamentssitzung vom 01.09.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Christof Kälin (SP) – Kunst im öffentlichen Raum planen und in Stand halten  
eingereicht am 30.05.2022, schriftlich beantwortet am 29.06.2022, an der Parlamentssitzung vom 29.09.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Marcel Malgaroli (FDP) – Mauschelei in der Thurvita AG?  
eingereicht am 12.06.2022, schriftlich beantwortet am 29.06.2022, an der Parlamentssitzung vom 10.11.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) – Grünflächenziffer für Wil  
eingereicht am 12.06.2022, schriftlich beantwortet am 31.08.2022, an der Parlamentssitzung vom 10.11.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Benjamin Büsser (SVP) – Zukunft der Beteiligung der Stadt Wil an der Bus Ostschweiz AG  
eingereicht am 03.07.2022, schriftlich beantwortet am 31.08.2022, an der Parlamentssitzung vom 10.11.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Adrian Bachmann (FDP) – Vergabe der Stadtfondsbeiträge auf der richtigen Schiene?  
eingereicht am 05.07.2022, schriftlich beantwortet am 26.10.2022, an der Parlamentssitzung vom 10.11.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Benjamin Büsser (SVP) – Ist die Stadt Wil auf einen schwierigen Winter vorbereitet?  
eingereicht am 04.09.2022, schriftlich beantwortet am 26.10.2022, an der Parlamentssitzung vom 17.11.2022 mündlich behandelt
- Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) – Wiler Energiesparkampagne  
eingereicht am 13.09.2022, schriftlich beantwortet am 26.10.2022, an der Parlamentssitzung vom 17.11.2022 mündlich behandelt

- Anfrage Marcel Malgaroli (FDP) – Gastronomie am Stadtweier?  
eingereicht am 15.10.2021, schriftlich beantwortet am 19.01.2022
- Anfrage Andreas Hüssy (SVP) – Gastronomie unterstützen statt behindern  
eingereicht am 25.10.2021, schriftlich beantwortet am 19.01.2022
- Anfrage Silvia Ammann (SP) – Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen  
eingereicht am 25.11.2021, schriftlich beantwortet am 23.02.2022
- Anfrage Guido Wick (GRÜNE prowil) – Gefährdet die Initiative "30 Minuten Gratisparkieren" Bundesbeiträge in Millionenhöhe?  
eingereicht am 22.12.2021, schriftlich beantwortet am 19.01.2022
- Anfrage Daniel Gerber (FDP) – Kunststoffe in der Umwelt  
eingereicht am 27.12.2021, schriftlich beantwortet am 09.03.2022
- Anfrage Benjamin Büsser (SVP) – Lichtkunstfestival trotz Ablehnung durch Stadtparlament?  
eingereicht am 30.03.2022, schriftlich beantwortet am 29.06.2022
- Anfrage Erwin Böhi (SVP) – Konsequenzen der vorzeitigen Schliessung des Restaurants im Hof zu Wil  
eingereicht am 10.07.2022, schriftlich beantwortet am 07.09.2022
- Anfrage Klaus Rüdiger (SVP) – Fernwärmeprojekt: Wann wird es endlich umgesetzt?  
eingereicht am 20.09.2022, schriftlich beantwortet am 07.12.2022

Stadt Wil



Hans Mäder  
Stadtpräsident



Janine Rutz  
Stadtschreiberin